

2011-11-30

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



---

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und  
Tourismus am 29.09.2011

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** IDT Biologika GmbH, Am Pharmapark, 06861 Dessau-Roßlau

**Es fehlten:**

### **Fraktion NEUES FORUM**

Hofmeister, Dirk

### **Fraktion der CDU**

Glathe, Otto

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Stabbert-Kühl, Sabine

### **Fraktion der SPD**

Eichelberg, Ingolf

Gebhardt, Udo

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, und dem Dank an die Firma HEIMA MENÜ, Herrn Kirschner, sowie der IDT Biologika GmbH, Herrn Huwald, für die Möglichkeit der Nutzung von Räumlichkeiten am Pharmapark für die heutige Ausschusssitzung, wurde die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit 7 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt.

### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**



**Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, erklärte, dass er in 21 Jahren aktiver Kommunalvertretertätigkeit so ein Verhalten noch nicht erlebt habe. Das Einmischen der Verwaltung in die Protokollierung und die Verhinderung der Ausreichung sollte unbedingt geprüft werden – seines Erachtens ein einmaliger Vorgang – dies darf nicht noch einmal passieren.

**Herr Meister** bekräftigte den Klärungsbedarf der Problematik und bezeichnete die Situation wiederholt als ein Novum.

Die Klärung der Problematik sollte, wie bereits gesagt, erfolgen, so **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, und bemerkte weiter, dass Herr Meister der Überbringer von Herrn Hantuschs Meinung und Worten ist, dies sei auch in Ordnung. Ansonsten, führte er an, habe die Protokollabstimmung zwischen Vorsitzenden und Protokollant/in stattzufinden.

Die Genehmigung der Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erfolgt in der nächsten regulären Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 17.11.2011 gab **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, bekannt.

**Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**, bestätigte die ausgereichte Protokollformulierung in Bezug auf die Beschlussvorlage "Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau" in Abstimmung mit Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN, als Einbringer dieser Vorlage. Dazu erläuterte Herr Dr. Weber, in Abstimmung mit Frau Guth, im Vorfeld, dass die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 17.11.2011 vorgestellt wird.

## **5 . Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzung des Gremiums vom 01.09.2011**

**Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, teilte mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 01.09.2011 keine Beschlussfassungen erfolgten.

## **6 . Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 . Präsentation Standortentwicklungsplan BioPharmaPark Dessau**

Die Präsentation zur Standortentwicklung BioPharmaPark Dessau erfolgte bereits im Anschluss an die Standortbesichtigung.

### **6.2 . EXPO REAL 2011**

In ihren Ausführungen informierte **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, dass die Stadt Dessau-Roßlau zu den mehr als 1.600 Ausstellern gehört, die sich vom 04.10.2011 bis 06.10.2011 auf der Fachmesse für Gewerbeimmobilien und Investitionen – der Expo Real in München – präsentieren. Die Stadt Dessau-Roßlau ist in der Halle A2 vertreten und wirbt u. a. für den BioPharmaPark Dessau sowie Immobilien der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH. Frau Guth stellte den Anwesenden die Präsentations- und Werbematerialien in anschaulicher Weise vor. Mittels Präsentation erfolgte neben der Vorführung des Imagefilms ebenso die Messestandvorstellung. Bei dem Stand handelt es sich um einen Gemeinschaftsstand des Landes Sachsen-Anhalt, der von insgesamt 17 Mitausstellern

getragen wird. Eine Besonderheit wird der gemeinsam mit weiteren Ausstellern der Metropolregion Mitteldeutschland veranstaltete Abend sein, dabei bilden drei Länder und 11 Städte eine Region. Thema der gemeinsamen Präsentation ist die Wissenschaft.

In anschließender Diskussion wurden die Nachfragen sogleich beantwortet.

## 7. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Auf Nachfrage von **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, zum Thema Kornhaus unter Bezugnahme auf den letzten Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung informierte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemangement**, zum Sachstand. In seiner Darstellung teilte er mit, dass die Stadt vor 16 Jahren das Kornhaus saniert und vor 15 Jahren einen Pachtvertrag unterschrieben hat – mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Vor einem Jahr wurde begonnen, sich mit der Neuverpachtung zu beschäftigen, wohlwissend, dass nach 15 Jahren das Kornhaus verschlissen ist - weil viele Dinge schon damals nicht gemacht worden - und es bereits eine Vielzahl an Mängeln und Problemen gab. Vor einem Jahr wurde der Auftrag gutachterlich ausgelöst, um den Sanierungsbedarf zu ermitteln und schriftlich dokumentiert. Im Januar wurden Abstimmungen mit dem bisherigen Mieter getroffen, weil es eine Option zur Vertragsverlängerung gab. Es erfolgte an ihn die Mitteilung, dass der Vertrag nicht verlängert werde und er sich bei Bedarf auch bewerben kann. Die Anzeigenschaltung erfolgte Anfang Februar und im Mai lagen die Bewerber vor. Im Juni wurden die Gespräche geführt und im Juli habe die Stadt gewusst, wen man gern als Pächter hätte. Im August habe man diesen Pächter glücklicherweise von einer Jury bestätigt bekommen. Die Stadt beabsichtigte die Entscheidung zum Konzept - auf Wunsch der Stadträte, (es bestand keine Beschlussnotwendigkeit, da eigentliches Verwaltungshandeln) - im September beschließen zu lassen. Kurz zuvor teilte der potenzielle Pächter mit, dass aufgrund bestehender Probleme, die er so vorher nicht erkannt hatte, eine Konzeptänderung vorgenommen werden müsse.

Daraufhin habe die Stadt den Beschluss nicht fällen lassen, weil eine Konzeptänderung erfolgt. Es wurden dann weitere ordentliche Abstimmungen mit allen Beteiligten getroffen. Herr Bekierz verwies in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf vorhandene, jährlich sauber geführte und aktualisierte Inventarlisten.

Die aktuellen Abstimmungen mit dem Vermieter gingen bis dahin, dass der bisherige Mieter bis zum 12. September - also 12 Tage länger als der ursprüngliche Vertrag - das Kornhaus nutzen durfte, danach hatte er begonnen seine Sachen heraus zu räumen. Die Stadt hat am 15. September das Objekt Kornhaus übernommen. Der Neuverpachtungstermin wurde auf den 01. Oktober festgesetzt. Das überarbeitete, aktuelle Konzept des künftigen Pächters wird in der nächsten Woche vorliegen und dann im Hauptausschuss am 12. Oktober vorgestellt. Nach der Entscheidung des Hauptausschusses wird alles seinen Weg gehen, so Herr Bekierz.

Rückblickend verwies Herr Bekierz darauf, dass in der Sitzung des Hauptausschusses im Juni seinerseits darauf hingewiesen wurde, dass das Objekt Kornhaus für den Sanierungszeitraum von fünf bis sechs Monaten geschlossen bleibt. Im Juli hat der Stadtrat eine Beschlussvorlage der Fraktion der CDU beschlossen mit dem Inhalt, dass die Stadtverwaltung aufgefordert wird das Kornhaus vor der Weiterverpachtung zu sanieren.

Herr Bekierz brachte abschließend sein Unverständnis über den Zweifel am Verlauf der Dinge sowie die vermeintlichen Informationen anderer, die in der Zeitung veröffentlicht wurden, zum Ausdruck. Am Ende seiner Ausführungen erklärte Herr Bekierz, dass er sich in seiner Person sehr beschädigt fühle, vor allem auch durch die Aussagen von Stadträten, die er so nicht erwartet hat.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**, zu aufgetretenen Problemen, die anscheinend nicht nur konzeptionelle Änderungen berühren, verwies **Herr Be-**

**kierz** auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Er erklärte, dass es keine unüberwindbaren Probleme gäbe, dass es aber eine Änderung des Konzeptes gibt, über die man reden muss.

**Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erkundigte sich hinsichtlich bestehender Genehmigungspflichten zur Errichtung bzw. Nutzung von Photovoltaikanlagen. Die vorliegende Verfügung des LVA lässt Interpretationsspielräume offen, so **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes** und sicherte, eine schriftliche Beantwortung, nach Rückfrage im Landesverwaltungsamt zur Thematik, an alle Fraktionen zu.

Auf die Anfrage von **Herrn Dr. Weber** zur Satzung des Wirtschaftsbeirates informierte **Herr Mau**, dass es ein Gespräch zwischen Herrn Rätzer, Sprecher des Wirtschaftsbeirates, und Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, zu diesem Thema gab. Der jetzige Wirtschaftsbeirat des Oberbürgermeisters ist beratend tätig und benötigt in Folge dessen keine Satzung. In einem Telefonat mit den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates stellte Herr Beigeordneter Hantusch die Frage, ob er als Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung den Vorsitz des Wirtschaftsrates des Oberbürgermeisters wieder abgeben soll, mit dem Ergebnis, dass Herr Hantusch selbstverständlich die Leitung des Wirtschaftsbeirates übernehmen kann. Im Fazit bleibt der Wirtschaftsbeirat aber der des Oberbürgermeisters, wie er im Februar 2002 ins Leben gerufen wurde. Lediglich die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates wurden mit Beschluss in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 26.05.2009 aufgrund der Vielzahl namentlich neu benannt.

Seitens **Herrn Mau** war ursprünglich vorgesehen, die Frage nach bisherigen Neuansiedlungen und geschaffenen Arbeitsplätzen (ohne Unternehmenserweiterungen) in der Stadt Dessau-Roßlau in seinem Tätigkeitszeitraum, direkt an Herrn Hantusch zu stellen. In seinem Namen und im Namen der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses bat Herr Mau um die entsprechenden Informationen in der Stadtratssitzung am 26.10.2011.

Ergänzend fragte **Herr Böhler** nach einer Übersicht mit Angaben zu Insolvenzen im produktiven Bereich. **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, verwies auf die Schwierigkeit bei der Beschaffung dieser Angaben.

**Herr Mau** informierte, dass ihm aufgefallen sei, Bezug nehmend auf die heutige Pressemitteilung zur Tagung der Stadtsprecher, Deutscher Städtetag, dass diese Gäste den Weg vom Dessauer Hauptbahnhof in Richtung Ferd.-v.-Schill-Straße zum nh-Hotel gingen.

Im Dialog wurde erörtert, dass aufgrund derzeitig aktueller Baumaßnahmen zur Gestaltung der vorgesehenen Wegeachse ankommende Besucher vom Bahnhof zur Innenstadt momentan noch die Strecke über die Ferd.-v.-Schill-Straße wählen. Nach Fertigstellung der vorgesehenen Wegeführung werde sich das Laufverhalten modifizieren.

## **8 . Öffentliche Beschlussfassungen**

### **8.1 . Überarbeitung der Winterdienstsatzung und Straßenreinigungssatzung Vorlage: DR/BV/239/2011/VI-66**

Auf Nachfrage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zu den Änderungsgründen, erläuterte **Herr Cirner, Tiefbauamt**, dass die Organisationsuntersuchung zur Optimierung des Winterdienstes im Eigenbetrieb Stadtpflege ergab, dass der Winterdienst an Haltestellen des ÖPNV und Fußgängerüberwegen den Zeitrahmen für die Durchführung weit übersteigt. Um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, ist eine Umorganisation des Winterdienstes an Haltestellen und Fußgängerüberwegen dringend erforderlich. Das Tiefbauamt hat die Städte Halle und Magdeburg zu ihren Erfahrungen befragt.

In Anlehnung an die Stadt Magdeburg, die ihrem Verkehrsbetrieb die Aufgabe des Winterdienstes an den Haltestellen des ÖPNV übertragen hat, wurde nach Beratung mit der DVV und DVG der Vorschlag zur Übergabe der Aufgabe unterbreitet, welcher bei der DVV/DVG Zustimmung fand. Mit der DVG wurde für die Übertragung der Aufgaben „Winterdienst und Straßenreinigung

